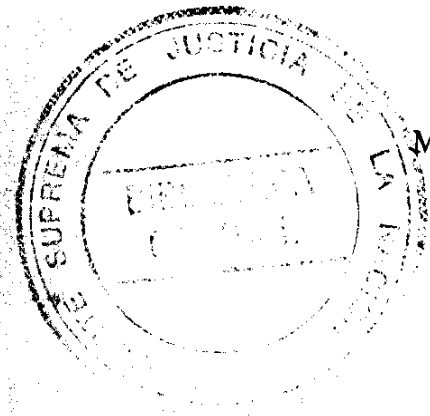


114-20 3-20



# ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS



Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

13. Band · Lieferung 1

Titel		
Nr. des Ordern		
Ubicación	Z	104



1962

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TÜBINGEN

## INHALT

- Nr. 1 Beschluß vom 30. Mai 1961 (2 BvR 366/60). Nichtigkeit von Vorschriften über die sogenannten Friedenswahlen des schlesw.-holst. Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vom 25. März 1959 (GVBl. S. 13) wegen Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 1, Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG . . . . . 1
- Nr. 2 Beschluß vom 26. Juni 1961 (1 BvL 17/60). Die Belastung abgewiesener Rentenbewerber mit Pflichtbeiträgen zur Krankenversicherung (§ 381 Abs. 3 Satz 2 RVO i. d. F. vom 12. Juni 1956 – BGBl. I S. 500) verstößt nicht gegen Art. 2 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 1 GG . . . . . 21
- Nr. 3 Beschluß vom 27. Juni 1961 (1 BvL 17, 20/58). Ob eine gemäß Art. 100 Abs. 1 GG zur Prüfung gestellte Bestimmung für die Entscheidung des Ausgangsverfahrens erheblich ist, ist auf Grund der tatsächlichen Würdigung des vorlegenden Gerichts zu beurteilen, sofern diese nicht offensichtlich unhaltbar ist. – Teilnichtigkeit von § 4 Abs. 1 Nr. 1 c des Bundesentschädigungsgesetzes (i. d. F. vom 29. Juni 1956 – BGBl. I S. 559) wegen Verstoßes gegen Art. 3 Abs. 1 GG . . . . . 31
- Nr. 4 Beschluß vom 27. Juni 1961 (1 BvL 26/58). Die Pauschalierung der Kapitalentschädigung in § 37 Abs. 1 BEG verstößt nicht gegen den Gleichheitssatz. Die darin enthaltene Änderung der Berechnungsgrundlage gegenüber § 15 des Bundesergänzungsgesetzes ist keine mit Art. 14 GG unvereinbare Entziehung von Entschädigungsansprüchen . . . . . 39
- Nr. 5 Beschluß vom 27. Juni 1961 (1 BvR 486/59). § 6 Abs. 1 Nr. 2 BEG darf mit Rücksicht auf Art. 21 GG nicht auf Personen angewandt werden, die nur als Funktionäre einer politischen Partei vor ihrem Verbot durch das Bundesverfassungsgericht deren Ziele mit allgemein erlaubten Mitteln vertreten (GG Art. 3 Abs. 1) . . . . . 46
- Nr. 6 Urteil vom 11. Juli 1961 (2 BvG 2/58, 2 BvE 1/59). „Hessenklage“ (GG Art. 29, 93 Abs. 1 Nr. 1 und 3; BVerfGG § 90; Prozeßstandschaft; System der Verfassungsgerichtsbarkeit) . . . 54
- Nr. 7 Beschluß vom 17. Juli 1961 (1 BvL 44/55). „Großer Befähigungsnachweis“ (Handwerksordnung vom 17. September 1953 – BGBl. I S. 1411 – §§ 1, 7 Abs. 1 und 2) – Freiheit der Berufswahl (GG Art. 12 Abs. 1) . . . . . 97